

ich-bin-sauarm-Preis: €0,50; mir-geht-es-nicht-schlecht-Preis: €1; meine-Eltern-haben-Mercedes-Aktien-Preis: €100;

REVOLUTION

★ unabhängige Jugendorganisation ★ Nummer 31 ★ November/Dezember 2008 ★

Streik macht Schule!

Bessere Bildung kann nur erkämpft werden:
Beim bundesweiten Bildungstreik am
12. November und darüber hinaus!

WWW. **REVOLUTION**.DE.COM

In dieser Ausgabe ★ Die Wahlen in den USA ★ Rechtspopulismus in Europa ★ Nordkorea

LIEBE REVO...

BRENNENDER PANZER BEI AFGHANISTAN-DEMO

Am 20. September versammelten sich etwa 7.000 KriegsgegnerInnen am Brandenburger Tor, um gegen den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan zu protestieren.

Initiiert wurde die Demo von der „Deutschen Friedensgesellschaft“, die auch zahlreich vertreten war – einerseits durch eine auffallend große Zahl älterer DemonstrantInnen, andererseits durch Sticker mit der Aufschrift „Afghanistaneinsatz beenden – Bundeswehr abschaffen“.

Insgesamt war ein breites politisches Spektrum auf der Auftaktkundgebung anzutreffen – von pazifistisch bis konsequent antiimperialistisch war alles dabei. Letzteres traf vor allem auf den antikapitalistischen Block zu. Hier waren die Transpisprüche und Slogans radikaler und die TeilnehmerInnen jünger als im Rest der Demo.

Kurz nachdem sich die Masse in Bewegung gesetzt hatte, versuchte die Polizei eine Gruppe KurdInnen (vermutlich wegen einer Fahne mit dem Gesicht von Abdullah Öcalan) vom Rest des Blocks zu isolieren. Daraufhin wurde sofort solidarisch reagiert

und die Bullen unter Sprechchören und Körperinsatz aus der Demo gedrängt.

Danach ging es ohne weitere Zwischenfälle an der Friedrichstraße und Unter den Linden entlang, bis nach einer Stunde der Gendarmenmarkt erreicht war. Unterwegs gab es so einige hörenswerte Redebeiträge: im antikapitalistischen Bloc wurde klargestellt, dass konsequenter Antimilitarismus auch Widerstand gegen das kapitalistische System bedeuten muss.

Zum richtig großen Knall kam es dann auf der Abschlusskundgebung am Gendarmenmarkt. Flammen loderten und eine riesige Wolke von Rauch zog über den Platz: Als Solidaritätsaktion für die AktivistInnen, denen die Mitgliedschaft in der „Militanten Gruppe“ (die Bundeswehrfahrzeuge unbrauchbar gemacht haben sollte) vorgeworfen wird, hatten DemonstrantInnen einen Panzer in Brand gesetzt. Dieser war zwar leider nur aus Pappmaché und etwas kleiner als echtes Kriegsgerät aber für große Aufmerksamkeit konnte die Aktion allemal sorgen.

von Tom; Revo Bernau

POSITIVER SEXISMUS?

In eurer Zeitung erscheint immer eine Rubrik über „revolutionäre Frauen“. Ich finde es sexistisch, Frauen als etwas ganz Besonderes darzustellen, auch wenn es positiv gemeint ist.

von Alexa, Berlin

POSITIVE DISKRIMINIERUNG

Sexismus existiert auf allen Ebenen der kapitalistischen Gesellschaft und wird auch in der radikalen Linken reproduziert. Das sehen wir auch in unserer eigenen Geschichtsschreibung: alle haben schon mal von Lenin und Trotzki gehört, aber wer kennt Kollontai?

Als eine Gegenmaßnahme zum vorherrschenden Sexismus halten wir eine solche „positive Diskriminierung“ von Frauen für wichtig – nicht nur in der Zeitung, sondern auch z.B. bei politischen Diskussionen. Es ist uns klar, dass der Sexismus dadurch nicht verschwindet. Aber das ist ein wichtiges Zeichen für unsere Anstrengungen für die Befreiung der Frau.

von der Redaktion

p.s. In dieser Ausgabe erscheint kein Beitrag zu „revolutionären Frauen“ – stattdessen haben wir eine sehr reaktionäre Frau, Sarah Palin, genommen..

FINNLANDS SCHULEN

Ich wundere mich, warum alle Linke in Deutschland das finnische Schulsystem als Vorbild nehmen.

Es stimmt, dass Finnlands SchülerInnen die besten Noten bei den PISA-Studien einholen – aber sie bekommen auch die meisten Antidepressiva und haben die höchste Selbstmordrate!

Finnische SchülerInnen, die in einer landesweiten Gewerkschaft organisiert sind, beschwerten sich über den hohen Leistungsdruck und das starre Auswendiglernen. Bildung ist, dort wie hier, an den Interessen des Kapitals ausgerichtet.

Das finnische Schulsystem ist ein Beispiel dafür, dass das dreigliedrige Schulsystem in Deutschland abgeschafft gehört. Aber selbst das liegt nicht an einer besseren „Reformpädagogik“ im Norden, sondern an den Erfordernissen der finnischen Wirtschaft: sie hat einen höheren Anteil an hochqualifizierten ArbeiterInnen, weswegen einfach mehr GymnasiastInnen und weniger HauptschülerInnen gebraucht werden.

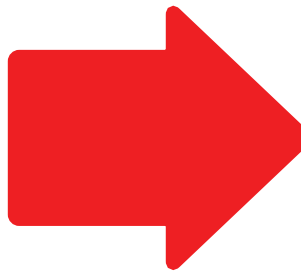
Insofern sollen wir Finnland wirklich nur ganz bedingt als Vorbild nehmen!

von Opiskelija, Turku

Wo ist dein Bericht/LeserInnenbrief?

Schick ihn einfach an: info@revolution.de.com
REVOLUTION erscheint alle zwei Monate. Namentlich gezeichnete Artikel müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung der Organisation decken.





12. November: bundesweiter SCHULSTREIK!

In den letzten Monaten sind 30.000 SchülerInnen bundesweit in den Streik getreten: 8.000 in Berlin, 4.000 in Kassel, 1.500 in Tübingen, 7.000 in Oldenburg, wieder 3.000 in Berlin...

Für diese Streiks gab es viele Gründe: zu große Klassen, zu wenig LehrerInnen, marode Schulgebäude, immer mehr Kürzungen und immer höhere Gebühren für die Bildung. Es ging aber auch um strukturelle Probleme: die Verkürzung der Abiturzeit bedeutet Stress für SchülerInnen und LehrerInnen, und das mehrgliedrige Schulsystem benachteiligt Jugendliche aus ärmeren Familien.

Jetzt planen SchülerInnen und StudentInnen einen bundesweiten „Bildungsstreik“ am 12. November. Denn das Bildungssystem der BRD steckt in der Krise. Das ist selbst für die Regierung klar – sie organisierte am 22. Oktober einen „Bildungsgipfel“. Doch die Regierung geht nicht im Geringsten auf die Forderungen zehntausender DemonstrantInnen ein – stattdessen fordert sie mehr Privatschulen und ein Bildungssystem für eine kleine Elite.

Das mehrgliedrige Schulsystem der BRD führt zu sozialer Selektion – die Bildung, die mensch bekommt, hängt von der Brieftasche der Eltern ab. Das zeigt die Verteilung verschiedener Bevölkerungsschichten auf die Schultypen: So gehen auf Hauptschulen übermäßig viele SchülerInnen aus ArbeiterInnenfamilien und mit Migrationshintergrund. Auch die Gebühren, die in immer mehr Bundesländern für ein Studium anfallen, halten Menschen aus ärmeren Familien von guter Bildung fern.

Dabei geht es nicht um „dumme“ PolitikerInnen, die die Probleme nicht sehen. Das System, in dem wir leben, braucht eben nur eine kleine Elite, die gut gebildet ist. Die große Masse von uns soll nur Gehorsam lernen, um später unterwürfige ArbeiterInnen zu werden.

Deswegen müssen wir die Bildung selbst in die Hand nehmen! Deshalb müssen wir uns vor Ort in jeder Schule organisieren und am 12. November – und auch darüber hinaus – streiken!

- ★ Kostenlose Bildung für alle! Nein zu Studien- und sonstigen Gebühren! Für die volle Lernmittelfreiheit!
- ★ Nein zur sozialen Selektion! Weg mit dem mehrgliedrigen Schulsystem!
- ★ Für kleinere Klassen! Für die Einstellung von tausenden neuen LehrerInnen! Für Arbeitszeitverkürzung bei den LehrerInnen!
- ★ Nein zum „Turbo-Abitur“!
- ★ Gegen die Privatisierung der Bildung!
- ★ Für selbstverwaltete SchülerInnenräume und Jugendzentren!
- ★ Für Politik-AGs, Streikkomitees und Basisstrukturen der SchülerInnen!
- ★ Für selbstbestimmtes Lernen! Die SchülerInnen und LehrerInnen müssen die Lerninhalte selbst kontrollieren!
- ★ Für radikale Protestformen wie Straßenblockaden und Schulbesetzungen! Kämpfen wie in Frankreich!
- ★ Für Solidarität zwischen Jugendlichen und ArbeiterInnen! SchülerInnen, Studierende und LehrerInnen müssen gemeinsam streiken!

SELBER MACHEN: SCHULSTREIKKOMITEE

An unserer Schule gab es eine Gruppe von wenigen bereits aktiven SchülerInnen aus drei Jahrgängen. Sie bereiteten Projekttagge, Seminarfahrten und eine Politik-AG vor, und belebten einen hübschen neuen Schulclub.

Dazu sind uns verschiedenste Aktionen zugute gekommen, die bildhaft im Schulumfeld (in Form von Fahnen auf dem Dach oder Spuren im Schnee) Jeden ins Gespräch verwickelt haben. Durch kreative und überall hängende Plakate war für

solche Fälle politischer Provokation oder auch bei brisanten Nachrichten die Politik-AG am Freitagnachmittag das notwendige Diskussionsforum. Dort gibt es einen Kurzvortrag oder Film als Einleitung in eine beliebige politische Thematik und anschließend Raum für Diskussion.

Mit der Neuauflage des Schulstreiks gab es einen brennenden und auch unmittelbar präsenten politischen Gesprächsstoff. In diesem Rahmen fanden nun auch Debatten und Vorträge zum Thema Bildungs-

abbau, alternative Schule etc. statt, und das auch in Zusammenarbeit mit den Politik-AGen von zwei weiteren Schulen in dem Bezirk. Es wurden Veranstaltungen geplant, Transparentabende veranstaltet, Plakate geklebt und ein Streiktrailer gedreht.

Damit konnten wir ziemlich viele junge Menschen davon überzeugen, ihre Schule einmal kritisch zu hinterfragen, und ihrem Protest über die Mängel im Bildungssystem eine Plattform geben.

von Felix, Primo-Levi-Oberschule, Berlin-Weißensee

Ungewöhnlicher Schulterschluss

SchülerInnen erklären sich solidarisch mit den Streiks
der angestellten LehrerInnen in Berlin



Das SchülerInnenbündnis „Bildungsblockaden einreißen!“ unterstützt die laufenden Streiks der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Berlin. ErzieherInnen, SozialpädagogInnen und angestellte LehrerInnen werden vom 13. bis zum 16. Oktober Streiks durchführen, um ihren Forderungen nach Lohnerhöhungen Nachdruck zu verleihen.

Auch Berliner SchülerInnen planen Streiks: Ein bundesweiter „Bildungsstreik“ von SchülerInnen und Studierenden ist für den 12. November angesetzt. Am Wochenende vom 10.-12. Oktober tagte ein SchülerInnenkongress an der TU Berlin, um diesen Streik vorzubereiten.

Obwohl viele glauben, dass LehrerInnen und SchülerInnen verfeindet wären, ist in dieser Situation nicht zu übersehen, dass sie gemeinsame Interessen haben. Beide Gruppen fordern kleinere Klassen, bessere Bezahlung für Lehrkräfte und die Einstellung von

deutlich mehr LehrerInnen; beide fordern eine Schule für alle und ein Ende der sozialen Selektion; beide fordern kostenfreie Bildung für alle. Außerdem: Beide Gruppen stehen in Berlin dem gleichen „rot-roten“ Senat, der sich all diesen Forderungen widersetzt, gegenüber.

Angesichts dieser gemeinsamen Interessen glauben wir, dass ein gemeinsamer Streik von allen Menschen im Bildungssystem - SchülerInnen, LehrerInnen, Studierenden, ErzieherInnen, SozialpädagogInnen usw. - möglich und nötig ist. Wir rufen die GEW, ver.di und alle LehrerInnen auf, am 12. November mit uns gemeinsam einen Bildungsstreik zu organisieren!

Ein Schulstreik hat nichts mit „faulen“ SchülerInnen zu tun, die einfach nur „schwänzen“ wollen - genauso wenig wie ein LehrerInnenstreik mit „faulen“ LehrerInnen zu tun hat, die nicht zur Arbeit gehen wollen. Wir alle wollen ein Ende der Bildungsmisere in der BRD. Wir sehen keine andere Möglichkeit, um den ständigen Kürzungen im Bildungsbereich etwas entgegenzusetzen, als den Streik.

LehrerInnen und SchülerInnen - lasst uns alle gemeinsam auf die Straße gehen!

Bildungsblockaden einreißen!, 12. Oktober 2008

Diese Erklärung wurde beim bundesweiten SchülerInnenkongress am 12. Oktober beschlossen und bei einer Streikkundgebung der GEW und ver.di am 16. Oktober von REVOLUTION-AktivistInnen vorgelesen.

ANZEIGE

Diese Zeit braucht diese Tageszeitung



Jetzt
3 Wochen gratis*



TESTABO / ABO

Ja, ich teste die **junge Welt** für 3 Wochen kostenlos
Probeabo endet automatisch

Ja, ich abonniere die **junge Welt** für mindestens ein halbes Jahr

Frau Herr

Name/Vorname Revolution

Telefon

Straße/Nr.

PLZ/Ort

E-Mail (bei Bestellung des Internetabos erforderlich)

Ich bestelle das

- Normalabo (mtl. 28,90 Euro),
- Solidaritätsabo (mtl. 37,10 Euro),
- Sozialabo (mtl. 22,10 Euro).

Das Abo läuft mindestens ein halbes Jahr und verlängert sich um den angekreuzten Zahlungszeitraum, wenn ich es nicht 20 Tage vor Ablauf (Poststempel) bei Ihnen kündige.

Ich bestelle zusätzlich das

Internetabo (zum vergünstigten Preis von mtl. 5,00 Euro).

Ich bezahle das Abo

- monatlich (nur mit Bankeinzug),
- vierteljährlich (3 % Rabatt),
- halbjährlich (4 % Rabatt),
- jährlich (5 % Rabatt).

per Einzugsermächtigung Rechnungslegung

Ich ermächtige Sie hiermit, den Betrag von meinem Konto abzubuchen:

Kontoinhaber

Geldinstitut

Bankleitzahl

Kontonummer

Datum/Unterschrift

Als Dankeschön für ein reguläres Abo erhalte ich als Prämie:



Ignacio Ramonet
»Fidel Castro. Mein Leben«
Rotbuch Verlag,
September 2008,
800 Seiten

Ich verzichte auf eine Prämie

Coupon senden an: Verlag 8. Mai GmbH, Torstraße 6, 10119 Berlin, oder faxen an: 0 30/53 63 55-44

* 3-Wochen-Testabo bestellen über:

Te! 0 30/ 53 63 55 82, Fax: 0 30/ 53 63 55 44 oder per E-Mail: abo@jungewelt.de

4 DEVRIM

WWW.REVOLUTION.DE.COM

Mehrwertbildung

Folgt man der Schauspielerin Anna Fischer in der TV-Beilage des Sterns Nr. 11/2008, so kann man sich auch „mit weniger Mitteln“ bilden, „wenn man das wirklich will. Armut ist keine Entschuldigung für Dummheit“. Doch irgendwie scheint diese These etwas waghalsig, betrachtet man die Vorgänge, die seit Jahren die Bildungslandschaft Deutschlands und Europas erfassen: die Privatisierung der Bildung.

Kostenauslagerung

Als Bildungsprivatisierung kann man im allgemeinen zwei Prozesse bezeichnen, die zwar nicht identisch sind, aber oftmals zusammen auftreten und mit denen ähnliche Interessen verfolgt werden. Da wäre zum einen der Versuch, die Kosten der (Aus-)Bildung auf die SchülerInnen und Studierenden bzw. deren Eltern zu verlagern. Sie zeigt sich nicht nur durch Studiengebühren, auch bei der Abschaffung der Lernmittelfreiheit in der Schule wird sich auf Kosten der Unterdrückten „gesundgespart“.

Doch Privatisierung bedeutet weit mehr als eine Kostenauslagerung auf die Bevölkerung, die wie immer die Armen am härtesten trifft. Sie bedeutet auch, dass vormalig öffentliche Sektoren wie Bildung in die Hände privater Investoren gegeben werden. Auch hier dient der marode Staats- und Landeshaushalt als Hauptargument. Doch gerade in der Übergabe an die Privatwirtschaft wird offensichtlich, dass es dem Staat auch ganz klar darum geht, ehemals erkämpfte Rechte scheinbarweise zu beschneiden.

So wird die staatliche Bildung, die vormalig die Formung für den Kapitalismus mit den erkämpften Rechten vereinte, ersetzt durch ein reines Konkurrenzprinzip, vor dessen desaströsen Auswirkungen die SchülerInnen und StudentInnen früher zumindest bedingt geschützt waren. Trotzdem bedeutet die Privatisierung heute nicht eine einfache Abschaffung alter sozialer Ansätze, denn wichtig ist jetzt auch das Schaffen neuer Märkte.

Die Tendenzen sind in diesem Prozess immer die selben: Privatschulen werden gebaut, Public-Private-Partnership (die Koope-

Privatisierungen im Bildungsbereich dienen nur der Elite

ration mit der Wirtschaft in ehemals rein öffentlichen Bereichen) intensiviert, mehr Leistungsdruck, mehr Vergleichbarkeit, mehr Konkurrenz – kurzum: Anpassung an die wirtschaftlichen Bedürfnisse.

In der Realität sieht das dann so aus, dass im Jahr 2006/07 in Deutschland 4.711 allgemeinbildende und berufliche Privatschulen gab, gut 45 Prozent mehr als noch 1992/1993. In Madrid liegt die Anzahl privater Hochschulen gar bei über 40 Prozent. Und die Nachfrage steigt, denn um auf dem Markt zu den Siegern zu gehören, erscheinen die Privatschulen als deutlich besseres Bildungsinstitut. Und schließlich muss man sich nicht mit den sozial Schwächeren oder MigrantInnen rumschlagen – in Madrid gehen 80% aller MigrantInnenkinder auf öffentliche Schulen und in Deutschland herrscht noch immer die Angst vor Rütli und Co.

Unterstützung vom Staat

Privat heißt allerdings nicht privat. Oft werden mehr als drei Viertel der Kosten, die pro SchülerIn an öffentlichen Schulen anfallen, durch den Staat gedeckt. Profit erreichen diese Schulen dann durch private Investoren, die Dienstleistungen einkaufen. Der Einfluss der Firmen ist diffus, aber nicht zu leugnen. Hier formt man sich ganz offen die eigenen ArbeiterInnen zurecht.

Da allerdings die öffentlichen Schulen oftmals noch eine dominante Rolle einnehmen, können private Investoren auch später ansetzen. Etwa, wenn an der spanischen Universität Navarra feierlich der neue Studiengang „Qualität Volkswagen Navarra“ eingerichtet wird um die „Wettbewerbsfähigkeit“ zu verbessern. Ganz offen wird der Einfluss der Wirtschaft auf den Staat in der privaten Berliner Uni „Hertie School of Governance“ gezeigt, wo private Stiftungen für den öffentlichen Dienst ausbilden.

Gleichzeitig mischt sich das Interesse des Marktes mit der Sozialisierung der SchülerInnen und StudentInnen auch marktkonform zu sein: Denn natürlich wird niemand gezwungen, tatsächlich Marktforschung zu studieren, doch wenn das den Erfolg auf dem Markt bedeutet, bedeutet das für die Uni einen erfolgreichen Studiengang. Nicht umsonst ist eine der ersten Fragen bei einem „exotischen“, nicht direkt auf einen Beruf ausgerichteten Studienfach: „Und was macht man mal damit?“ Wir als Opfer eines solchen Systems haben un-

sere eigene Verwertbarkeit bis aufs Bitterste verinnerlicht.

Der erhöhte Leistungsdruck durch verkürzte Abiturzeit auf 12 Jahre, durch Eliteschulen und –unis, Vergleichsarbeiten und Zentralabitur, usw. fördert unsere Konformität noch zusätzlich. Der Drang Bildung ständig und immer vergleichen zu können, stärkt nicht nur die individuelle Konkurrenz, sondern auch die Konkurrenz der Schulen, der Universitäten, oder gar der Bildungsinstitutionen untereinander.

Gleichzeitig blicken die Unternehmen nicht nur in die Zukunft, sie wollen auch jetzt ganz konkret Mehrwert heraus schlagen. Vor 12 Jahren war der Bildungsbereich für die USA bereits der fünfgrößte Exportsektor unter den Dienstleistungen. Private (Hoch-)Schulen erhalten staatliche Subventionen und können dadurch einen Großteil ihrer Gebühren als Profit verbuchen. Da es vor allem darauf ankommt, sich gut zu vermarkten, können die privaten Bildungseinrichtungen auch großzügig an ihrer tatsächlichen Bildung sparen, solange es immer noch genügend Menschen gibt, die dem Elitestatus glauben schenken und weiter fröhlich zahlen. Wie sonst ist es zu erklären, dass es 2006 Niemanden störte, dass der private Universität Witten/Herdecke ausgestellt wurde, ihr medizinischer Bereich würde den modernen Ansprüchen nicht genügen, obwohl das einer ihrer Hauptschwerpunkte ist?

Wohin mit der Bildung?

Speziell in Deutschland wird die schlechte öffentliche Bildung dazu genutzt, uns ein Ständchen von der Freiheit und den Vorteilen des Marktes in der Bildung zu singen. Der systematische Unwille des Staates, durch die ArbeiterInnenbewegung erkämpfte soziale Rechte beizubehalten, zu bestärken und auszubauen sorgt nun seit Jahren für den Glauben an den selig machenden Markt. Demokratie und Freiheit und gute, nicht nach Marktprinzipien und -interessen orientierte Bildung kann uns sowohl der Staat als auch die Privatwirtschaft natürlich nicht geben.

Aber anstatt uns scheinbar alternativlos an der staatlichen Bildung zu klammern, die in diesem System immer Bildung für den Markt ist, sollten wir dafür eintreten, dass demokratische Kontrolle über Bildung StudentInnen, SchülerInnen und LehrerInnen und DozentInnen erkämpfen. Wir sollten bisher erkämpfte Rechte verteidigen und für ihren Ausbau kämpfen. Weder in privater noch staatlicher Hand sollte Bildung sein, sondern in den Händen der Gesellschaft.

von Evey, Revo Berlin



Sarah Palin als Antisexistin?

Im August wurde Sarah Palin als Vizepräsidentin des Kandidaten John McCain vorgestellt. Es war das erste Mal, dass die RepublikanerInnen eine Frau für diese Position auswählten. Dies war vor allem ein Versuch, Wählerinnen zu gewinnen, die sonst Hillary Clinton bevorzugt hätten (diese war gerade aus den Vorwahlen der DemokratInnen rausgeflogen) und nun auf der Suche nach einer Alternative waren. Clinton selbst sagte dazu: „We should all be proud of Governor Sarah Palin's historic nomination.“

Wirklich viele Gründe, sich über diese Nominierung zu freuen, gibt es aber nicht. Gerade die amerikanischen Wählerinnen sollten sich zweimal überlegen, ob sie dieser Frau ihre Stimme geben.

Sarah Palin ist seit 2006 Gouverneurin des US-Bundesstaates Alaska, außerdem ehemalige Teilnehmerin der Wahl zur „Miss-Alaska“ sowie Ehefrau und Mutter von fünf Kindern. Sie erfüllt also die wichtigsten Voraussetzungen, um den konservativen Vorstellungen von einer „guten Frau“ zu entsprechen.

Gemäß der Wahlkampfstrategie von McCain wurde zudem versucht, ihr ein möglichst bodenständiges Image zu verpassen. Dass in den ersten Wochen ihrer Kandidatur 150.000 Dollar allein für Palins Kleidung und Make-Up ausgegeben wurden, passte da leider nicht ganz ins Konzept. Dass ausgerechnet bei einer Frau die Kosten für diese Dinge eine Rolle spielten, sei zutiefst sexistisch, riefen die RepublikanerInnen ihren KritikerInnen entgegen. Gut geheuchelt, könnte man sagen – gerade diese „Reps“ haben immer wieder sexistische Hetze im Wahlkampf gegen Hillary Clinton verwendet. Und schließlich waren die Ausgaben tatsächlich nur so hoch, weil das konservative Lager der Meinung war, für den Erfolg einer Frau müsse besonderer Wert auf ihr Äußeres gelegt werden.

Dazu passt ein bissiges Zitat von Barack Obama (das eigentlich auf die Politik der RepublikanerInnen bezogen war): „Du kannst einem Schwein Lippenstift auftra-

gen. Es ist immer noch ein Schwein.“ Diese Äußerung wurde als persönlicher Angriff auf Sarah Palin gewertet und es kam erneut der Vorwurf des Sexismus – dumm nur, dass John McCain höchstpersönlich ein Jahr zuvor Clinton mit derselben Floskel bedacht hatte.

Bei solchen Wortspielen hört die Bigotterie der RepublikanerInnen allerdings nicht auf, denn die Politik, die Sarah Palin vertritt, läuft eigentlich den Interessen der meisten Frauen zuwider. Neben ihrer Unterstützung für den Irakkrieg und ihrem Engagement für die Waffen-Lobby NRA ist sie überzeugte Gegnerin der Abtreibung.



Im Falle einer ungewollten Schwangerschaft soll allein die Frau entscheiden, ob sie ein Kind bekommen will oder eben nicht – wir meinen, religiöse und staatliche Institutionen haben hier nichts zu melden. Ein Abtreibungsverbot, wie von Palin gefordert, würde die Situation junger und alleinstehender Frauen verschärfen, die angesichts der maroden

Sozialsysteme der USA kaum eine Chance haben, sich um ein Kind zu kümmern.

Das bisher prominenteste Opfer von Palins Anti-Abtreibungs-Haltung ist ihre eigene Tochter. Die 17-jährige ist ungeplant schwanger geworden. Schon aus Wahlkampf-Gründen war sie gezwungen, das Kind zur Welt zu bringen. Pikant ist in diesem Zusammenhang, dass Palin sich nicht nur vehement gegen Sex vor der Ehe sondern auch gegen Sexualkunde-Unterricht an Schulen einsetzt. Dabei hätten etwas mehr Informationen über Verhütungsmittel ihrer Tochter (und vielen anderen Mädchen) einiges an Problemen erspart.

Letztlich zeigt sich an diesem Beispiel vor allem Eines: Durch einzelne „Vorzeige-Frauen“ wird sich am gesellschaftlichen Sexismus nichts ändern lassen. Nicht eine Vizepräsidentin (oder eine Kanzlerin) wird der Unterdrückung der Frau ein Ende setzen – nur die Überwindung der Klassengesellschaft, die Frauen systematisch benachteiligt, wird etwas ändern.

von Jana und Tom, Revo Bernau

Obam

Scott ist Aktivist an der Universität von North Carolina in Chapel Hill (USA). Er sprach mit REVOLUTION über die politische Situation auf den Universitäten einige Wochen vor den Wahlen. Wir stimmen nicht mit all seinen Punkten überein (z.B. die Unterstützung für Cynthia McKinney), aber wir halten das Interview für einen wichtigen Beitrag zur Debatte.

Der demokratische Kandidat Barack Obama bekommt viel Unterstützung von jungen Menschen. Wie ist die Stimmung auf einer großen US-amerikanischen Universität?

Die Kampagne von Obama, die eine historische Bedeutung hat, hat bereits zwei Drittel der StudentInnen angezogen, denn diese suchen nach etwas Anderem als die gescheiterte Politik von George Bush. Im letzten Jahr konnten wir einen riesigen Anstieg des Politisierungs-niveaus auf unserer Uni beobachten, die DemokratInnen haben tausende Dollar ausgegeben und hunderte Stunden gearbeitet, um die Kids zu erreichen, die Etwas – Irgendetwas! – außer Bush haben wollen.

„Obamamania“ wirkt wie ein Persönlichkeitskult. Aufkleber, T-Shirts, Plakate und Flyer von Obama sind auf dem gesamten Campus verstreut, was die Illusion einer Basisbewegung schafft. Die hyperoptimistischen OrganisatorInnen, die für die Kampagne arbeiten, haben tolle Arbeit geleistet, um Menschen in die Wahlregister einzutragen, Plakate mit Friedenssymbolen zu malen, und auch, die unterdrückerische Natur der bürgerlichen Politik zu verschleiern.

Obama wird oft als „Anti-Kriegs-Kandidat“ angesehen, obwohl er nie diese Bezeichnung für sich in Anspruch genommen hat. Er ist für einen Abzug der Truppen aus dem Irak in den nächsten zwei Jahren, doch nur, um mehr Truppen nach Afghanistan zu schicken. Woher hat er dieses pazifistische Image?

Obama hat im Jahr 2007 gegen die Finanzierung der Truppen gestimmt – ein einziges Mal! – und seine Kampagne hat das benutzt, um die Antikriegsbewegung effektiv zum Stillstand zu bewegen. Noch beängstigender war, dass die RepublikanerInnen Friedenssymbole auf ihrem Parteitag hatten! Wenn die großen Parteien Friedenssymbolik übernehmen, dann nur, um den Eindruck zu zerstreuen, sie seien säbelrasselnde ImperialistInnen, was im ersten TV-Duell mehr als offensichtlich wurde.

Die Antikriegsbewegung wurde durch die DemokratInnen, die im Jahr 2006 in den Kongress gewählt wurden, zur Seite gedrängt. Diese haben ein paar kritische Reden gegen den Krieg gehalten, doch nie etwas unternommen, um ihn zu beenden. Die demokratische Partei hatte schon immer sehr fortschrittli-

a-Mania an den Unis

Interview mit einem AktivistIn an einer amerikanischen Uni über die Situation vor den Wahlen

che Basiselemente, die auf „Frieden“ drängen, doch diese Elemente werden sich in einer Partei der US-Konzerne nie durchsetzen. Im Endeffekt entsteht das friedliche Image Obamas aus dem Bedürfnis der herrschenden Klasse, angesichts der gescheiterten Kriege im Ausland und der breiten Opposition im Inland, einen Imagewechsel bei ihren PolitikerInnen durchzuführen. Obama und die Demokratinnen haben tolle Arbeit geleistet, um linke Menschen durch die gescheiterte Logik des „kleineren Übels“ auszunutzen.

Doch viele Menschen in der Linken haben nicht erkannt, wie sie ausgenutzt werden. Die Führung der Antikriegsbewegung in diesem Land steckte alle Hoffnungen in die Wahl eines/r Demokraten/in, sowohl 2004 wie jetzt, um den Krieg zu beenden. Diese Strategie war ein Desaster: entweder verlieren die Demokratinnen, weil sie von den RepublikanerInnen nicht zu unterscheiden sind, oder sie gewinnen und führen die gleiche Politik von Krieg und Besatzung fort. Das hat die Antikriegsbewegung auf den Straßen demobilisiert und viele AktivistInnen desillusioniert.

Seit 150 Jahren wird die US-Politik von den gleichen zwei Parteien dominiert. Offensichtlich wird keine der beiden Parteien wirkliche Veränderungen bringen. Doch was hältst du von Kandidaten aus sog. „dritten Parteien“, wie der Verbraucherschützer Ralph Nader?

Ich bin kein großer Fan von Nader, der immer für eine „gerechtere“ Version des Kapitalismus eintrat. Sogar als Revolutionär habe ich vor, für Cynthia McKinney zu stimmen, die von der Grünen Partei unterstützt wird. Nicht etwa, weil sie eine Revolutionärin oder die ideale Kandidatin sei – ich sehe das als Proteststimme. Sie ist eine Schwarze Frau, die darüber spricht, „power to the people“ zu bringen, New Orleans wieder aufzubauen, die Besatzungen im Nahen Osten zu beenden, und andere linke Projekte voranzubringen, die die großen Parteien komplett ignorieren.

Trotzdem muss es klar sein, dass eine solche Proteststimme nichts ändern wird – es macht nur Sinn, wenn es mit langfristigen Arbeit verbunden wird, um eine Bewegung aufzubauen, die ArbeiterInnen gegen den US-amerikanischen Kapitalismus und Imperialismus organisiert – also nicht nur eine Bewegung, die Stimmen sammelt. Ralph Nader hatte schon einige gute Wahlergebnisse, aber er hat nie versucht, eine Bewegung auf-

zubauen, geschweige denn eine ArbeiterInnenbewegung.

Für mich ist die Demokratie nicht etwas, das alle zwei oder vier Jahre in der Wahlkabine vollzogen wird, sondern permanent auf der Straße und in den Kampagnen, die für Veränderungen und für den Aufbau einer revolutionären Kraft in der Gesellschaft kämpfen.

Wie könnte eine Alternative aussehen? Kannst du die Art von Partei skizzieren, die in den USA notwendig ist?

Dieses neue politische Bewusstsein unter ehemals unpolitischen Studierenden bietet der Linken eine ziemlich einzigartige Gelegenheit. OrganisatorInnen sollen den wahrscheinlichen Sieg Obamas als Mittel sehen,

zialistische Partei, die sich auf die ArbeiterInnenklasse stützt und gegen alle Formen der Unterdrückung kämpft, vor allem gegen den Kapitalismus. Ich denke, wir sollten alle Initiativen für die Gründung einer politischen Partei der ArbeiterInnenbewegung unterstützen, aber wir sollten trotzdem klar machen, dass nur eine revolutionäre Partei die Probleme der ArbeiterInnen lösen wird.

Wenn du nicht von Obama begeistert bist, wie sieht Uni-Aktivismus aus?

Trotz der vielen Menschen, die von Obama erwarten, dass es die Welt rettet, gibt es ziemlich viele, die sich für Alternativen interessieren. Als OrganisatorInnen würden wir eine riesige Gelegenheit zur Radikalisierung der Menschen verpassen, wenn wir nicht die gleichen Themen wie die zwei Parteien aufgreifen würden (zum Beispiel die Finanzkrise und die endlosen Kriege im Irak und in Afghanistan), allerdings aus einer sozialistischen Perspektive.

Die kommende Wirtschaftskrise hat bereits dazu geführt, dass viele Universitäten und öffentliche Krankenhäuser ihre Mittel gekürzt haben, was die Lebensgrundlagen von vielen ArbeiterInnen gefährdet. Die Zahl der Studierenden, die in ArbeiterInnenkämpfen teilnehmen – vor allem bei Kämpfen der Beschäftigten auf unserer Uni, damit sie eine Stimme, Würde und Respekt auf der Uni haben – war in letzter Zeit sehr hoch. Durch diese Kämpfe sehen Studierende, dass es wichtig ist, starke Verbindungen zur Community und zur ArbeiterInnenklasse aufzubauen.

In einer Zeit, wo so viele Debatten geführt werden, können wir uns nicht vor der wichtigsten Aufgabe, dem Kampf für eine sozialistische Zukunft, nicht vernachlässigen. Die Krise des Kapitalismus hat das Potential, eine starke Basisbewegung hervorzurufen, z.B. es gibt massenhafte Häuser-Zwangsvollstreckungen und kein Geld für Studienkredite, dazu riesige Erhöhungen der Studiengebühren. Bis jetzt haben 200 Demonstrationen gegen das 700-Milliarden-Dollar-„Hilfspaket“ für die Superreichen der Wall-Street stattgefunden. Im nächsten Jahr wird eine wichtige Zeit sein, damit OrganisatorInnen der Linken Obama (oder McCain, vielleicht) herausfordern, um gegen seine Politik zu kämpfen und zu zeigen, dass die einzige wirkliche Alternative darin besteht, den Kapitalismus mit einem sozialistischen System zu ersetzen, der sich nach den Bedürfnissen der Menschen richtet.



Unsere KandidatInnen 2008!

damit die Menschen die DemokratInnen anhand ihrer Versprechen messen können – sobald sie ihre Versprechen des „Wandels“ nicht einlösen können, werden wir mit den Menschen reden und ihnen erzählen, wer ihr wirklicher Feind ist: nicht dieser oder jener demokratischer oder republikanischer Politiker aus der herrschenden Klasse, sondern das kapitalistische System.

In einer Zeit der Wirtschaftskrise ist es wichtig, dass lokale Kräfte sich in effektiven Gruppen organisieren, die gegen die unvermeidlichen Einschnitte bei den Lebensstandards von Millionen Menschen in den USA kämpfen. Von diesem Ausgangspunkt heraus können wir am Aufbau einer wirklichen Herausforderung gegen die beiden kapitalistischen Parteien des Kriegs arbeiten: eine so-

Die „neuen“

Im September hatte das rechtspopulistische WählerInnenbündnis „Pro Köln“ zur „Anti-Islamisierungskonferenz“ nach Köln geladen. Der Kongress der Rechtsparteien Europas wurde erfolgreich durch ein bundesweites Bündnis und direkte Blockaden verhindert. Dieser Erfolg war im Anschluss auch Thema in den Medien und wurde begleitet von einer Diskussion über das Phänomen Rechtspopulismus. Rechtspopulismus als Sammelbegriff für eine politische Denkrichtung deutet einen Unterschied zu der viel geläufigeren Bezeichnung Rechtsextremismus an. In diesem Artikel geht es um das Phänomen Rechtspopulismus, vor allem auf ideologischer Ebene.

„abendländische Kultur“

Das Thema der Tagung sollte die angebliche „Islamisierung und Türkisierung“ Deutschlands und Europas sein. Die VeranstalterInnen glaubten sich in der Rolle der VerteidigerInnen der westlichen, christlichen, abendländischen Kulturgemeinschaft gegen den Barbarensturm aus dem Orient. Dessen einziges Ziel sei es, unsere Lebensart zu untergraben.

Dieser homogenen Masse von „Barbaren“ steht nach Einschätzung der Rechten der westliche bürgerliche Staat gegenüber, mit dem ganz automatisch jede Menge zivilisatorische Errungenschaften verbunden seien. Die bürgerliche Demokratie gilt in ihren Augen als das Non-Plus Ultra der menschlichen Entwicklung. Doch die von ihnen so heiß geliebte kapitalistische Demokratie basiert auf nichts anderem als tagtäglichem Ausbeutung, von der Menschen nicht deutscher Herkunft besonders hart betroffen sind.

Zu gewöhnlichen FaschistInnen bestehen Überschneidungen in der Wahl der Feindbilder als auch in ihrer sozialen Basis. Beide sehen in sozial schwächeren MigrantInnen parasitäre Elemente, welche die Stabilität der deutschen Gesellschaft gefährden. Gleichzeitig rekrutieren sie sich oftmals aus dem selben sozialen Milieu. Rechtsparteien jeder Sorte sind traditionell stark in kleineren Städten und ländlich geprägten Regionen verwurzelt – auch bei kleinbürgerlichen Schichten und nicht gewerkschaftlich organisierten ArbeiterInnen, die von Verarmung und Abstieg bedroht sind, finden sie Zuspruch. Für

Eine Auseinandersetzung mit dem Phänomen Rechtspopulismus

sie sind Politikansätze, die zu Ungunsten der missliebigen ausländischen Konkurrenz ausfallen mehr als Recht.

Offen faschistische Strömungen haben zusätzlich ein ablehnendes Verhältnis zur bürgerlichen Demokratie. Sie wollen die offene Diktatur auf Grundlage einer reaktionären Massenbewegung, die jegliche Organisation der Unterdrückten zerschlägt. Für linke und antirassistische Bewegungen sollte es auf keinen Fall weniger alarmierend sein, wenn „nur“ RechtspopulistInnen an Zulauf gewinnen. In ihrer Vision von Demokratie haben nicht nur MigrantInnen kein Mitspracherecht: auch Menschen, die kein Interesse an der vollständigen Unterwerfung unter den kapitalistischen Markt haben, sollen ausgeschlossen werden. Linke Parteien und Initiativen wie auch Gewerkschaften gelten als Störenfriede des nationalen Friedens und werden mit staatlicher Repression bedroht.

Festzuhalten bleibt, dass RechtspopulistInnen sowohl Elemente aus der klassischen bürgerlichen Politik à la CDU und co. sowie faschistische Ideologiefragmente in sich vereinigen.

Der „Kultur-rassismus“ löst in ihrem Weltbild den völkisch biologisierten Rassismus teilweise ab. Man sei ja schließlich nicht gegen die Menschen als solche, sondern nur gegen ihre angeblich primitive Kultur. Diese „Kritik“ basiert auf Verwendung von Stereotypen, Ressentiments und Vorurteilen. Deutlich schimmert auch Herrenmenschen durch, nach dem Motto: gebildeter weißer Euro-

päer muss ungebildetem Araber beibringen, wie er sich zu benehmen hat.

„political incorrectness“

Dieser Rassismus erhält Einlass in die Mitte der Gesellschaft, wo Islam-Bashing in Zeiten von Afghanistankrieg, Einbürgerungstest und Terrorgefahr voll im Trend liegt. Die vermehrt zur Schau getragene „political incorrectness“ setzt sich gesellschaftlich immer mehr durch. Selbst angeblich liberale Kreise geben den Mist von Rechts wider, zum Beispiel rief der angeblich linksliberale Journalist Ralph Giordano neulich in der Tageszeitung „Welt“ dazu auf, gegen die Einweihung neuer Moscheen Widerstand zu leisten.



Blockaden gegen RassistInnenkongress

AktivistInnen von REVOLUTION waren bei den erfolgreichen Blockaden gegen den RassistInnen-Kongress in Köln. Auf unserer Website findet ihr einen Bericht, ein Interview und Bilder dazu.

RassistInnen

Einige rechtspopulistische Parteien...

Frankreich

Die *Front National* bekommt 5-10% der Stimmen und stellt Abgeordnete im Europaparlament

Italien

Die *Lega Nord* bekommt 4-10% der Stimmen, hat die drittgrößte Fraktion im Parlament und ist an der Regierung beteiligt

Belgien

Der *Vlaams Belang* bekommt 6-12% der Stimmen und ist an kommunalen Regierungen in Flandern beteiligt

Österreich

Die *Freiheitliche Partei Österreichs* hat mit 17% der Stimmen die drittgrößte Fraktion im Parlament. *Das Bündnis Zukunft Österreich* hat weitere 10%.

Schweiz

Die *Schweizerische Volkspartei* hat mit 29% der Stimmen die größte Fraktion im Nationalrat

Die Selbstdarstellung der RechtspopulistInnen soll besonders „bürgernah“ wirken. Eine Stilisierung zum Sprecher der „machtlosen“ Massen ist aber eine all zu übliche Vorgehensweise der Rechten. Ob es die faschistische NPD ist, die sich als Repräsentantin und Rechtsverfechterin für Kinder darstellt (z.B. fordert sie Todesstrafe für SexualstraftäterInnen), oder die PopulistInnenbewegung „Pro Köln“, die gegen MigrantInnen hetzt – beide Flügel der rechten Bewegung wollen als VertreterInnen des „kleinen Mannes“ wahrgenommen werden.

Beide Flügel achten jedoch auch darauf, sich prophylaktisch voneinander abzugrenzen. So distanzieren sich die RechtspopulistInnen öfter mal von der NPD, an der das Image des glatzköpfigen Schlägernazis haftet. Der Grund ist, dass BürgerInnen nicht abgeschreckt werden sollen. Stattdessen wird auf gutbürgerliches Auftreten gesetzt um die braune Soße auch außerhalb von Rechtsrockkonzerten und Kameradschaftsabenden verkaufen zu können

Neue Form der Rechten?

Dabei sind die personellen Übergänge fließend. Abgesehen davon, dass die Parteispitzen vieler rechtspopulistischer Parteien

aus ehemaligen Mitgliedern der NPD oder einschlägig bekannter Vereine stammt, ist die Zusammenarbeit mit anderen Rechtsradikalen organisationsübergreifend.

Anders als in Österreich, Frankreich, Belgien oder Italien ist es in Deutschland noch nicht zu einer Zusammenschluss auf bundesweiter Ebene gekommen. Allerdings ist diese Tatsache nicht mit einem Mangel an WählerInnenpotential zu erklären. Viel eher liefert das Agieren der einzelnen Kräfte Aufschluss. Es gibt viele kleine Interessenvertretungen anstatt einem zentralen Organ. So gelten die Republikaner, die Statt Partei, Bund freier Bürger, die Partei Rechtsstaatlicher Offensive und Pro NRW (Partnerpartei Pro Kölns) als rechtspopulistisch.

Der Kampf gegen RassistInnen oder FaschistInnen muss immer auf allen Ebenen geführt werden – egal in welcher Form und unter welchem Namen sie auftreten. Gerade innerhalb der ArbeiterInnenbewegung muss ein entschlossener Kampf gegen Rassismus und Nationalismus geführt werden. Wir als REVOLUTION haben uns dem Ziel verschrieben, Jugendliche international zu organisieren und so einen kleinen Teil zum Kampf gegen die organisierte Rechte beizutragen.

von Jaro und Carsten, Revo Berlin

Von Pest und Cholera

Bei den Wahlen im September 2008 sorgte Österreichs extreme Rechte wieder einmal über die Alpenrepublik hinaus für Schlagzeilen. Denn gemeinsam kamen die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) auf nicht weniger als 28,2% der Stimmen...

1956 aus dem Nazi-Sammelbecken „Verband der Unabhängigen“ (VdU) gegründet, existierte die FPÖ jahrzehntelang als 5%-Partei mit einem rechtsnationalen und einem wirtschaftsliberalen Flügel. Doch ab 1986 führte ein gewisser Jörg Haider – welcher bekanntlich vor kurzem in Folge von Alkohol am Steuer ums Leben kam – den rechten Flügel zum Sieg und die Partei zu ungeahnten Erfolgen. Mit rassistischer Hetze und Angriffen gegen echte oder vermeintliche „Privilegien“ konnte die FPÖ punkten. Jörg Haider selbst provozierte wiederholt mit nazi-verharmlosenden Aussagen. So bezeichnete er die KZ als „Straflager“ und lobte die „ordentlichen Beschäftigungspolitik im Dritten Reich“. Der Popularität der FPÖ schade-

Über die zwei rechtsextremen Parteien in Österreich

te dies kaum, ihr Aufstieg war rasant: 16,6 % (1990), 22,5 % (1994), 21,9 % (1995) und am Höhepunkt 1999 sogar 27%.

Doch als die FPÖ ab dem Jahr 2000 gemeinsam mit der ÖVP die Regierung stellte und massive Sozialabbau-Maßnahmen umsetzte schwand ihre Unterstützung bei den unteren Schichten, die sie vorher als vermeintliche „soziale“ Alternative gewählt hatten. Nach strategischen Streitereien entstand 2005 die Abspaltung BZÖ unter Jörg Haider. Die rechtsextreme Politik wurde jedoch von beiden Splintern fortgesetzt: Der nunmehrige FPÖ-Führer H.C. Strache glänzte mit Wahlplakaten a la „Deutsch statt nix versteh'n!“, das BZÖ forderte im Wahlkampf 2006 die sofortige Abschiebung von 300.000 ausländischen StaatsbürgerInnen (bei 8 Mio. EinwohnerInnen!).

Die rassistischen Äußerungen der beiden Parteien verleiteten viele Linke dazu, v.a. die FPÖ als „faschistisch“ zu bezeichnen.

Wir halten das für eine grobe Verharmlosung des Faschismus. FPÖ und BZÖ sind vielmehr rechtsextreme Parteien, die im Rahmen des bürgerlichen Parlamentarismus agieren. Ihre Strategie ist ein auf Wahlerfolge ausgerichteter Populismus. Ihr Ziel ist nicht die gewaltsame Zerschlagung der bürgerlichen Demokratie, sondern die schrittweise Einführung von autoritären Elementen.

Das heißt aber nicht, dass diese Parteien nicht gefährlich sind! So wurden etwa auf der Grundlage ihrer rassistischen Hetze in Österreich besonders harte Einwanderungs- und Abschiebebesetze beschlossen. In letzter Zeit etablierte sich eine gewisse Arbeitsteilung: Die FPÖ sprach ArbeiterInnen in den Städten an, das BZÖ gab sich als ländliche, „bürgerlichere“ Alternative. Wie es nun nach dem Tod von Frontfigur Haider weitergeht ist unklar, eine Fusion scheint mittelfristig nicht ausgeschlossen zu sein.

von Stefan, Revo und RSO Berlin

Marktreformen in Nordkorea

Der selbsternannte „geliebte Führer“ Nordkoreas, Kim Jong-il, gehört wohl zu den schrägsten Figuren in der Geschichte des Stalinismus. Laut der staatlichen Geschichtsschreibung soll seine Geburt 1942 von einem doppelten Regenbogen und einem leuchtenden Stern begleitet worden sein. Angeblich steht er auf edlen Cognac der Marke „Hennesy Paradis“ und soll mit 20.000 Exemplaren die weltweit größte private Filmsammlung besitzen. Haufenweise Gerüchte gibt es auch um seinen Gesundheitszustand, erst im September spekulierten internationale Medien wieder einmal mit seinem Tod. Derlei Gerüchte wollen wir allerdings anderen überlassen und uns stattdessen ein wenig mit dem politischen und ökonomischen System Nordkoreas auseinandersetzen.

Was für einen Staat?

Nordkorea ist heute neben Kuba eines der beiden letzten verbliebenen Systeme, die als „degenerierte ArbeiterInnenstaaten“ bezeichnet werden können. Damit meinen wir Länder mit verstaatlichter Planwirtschaft, welche aber nicht unter der Kontrolle der arbeitenden Menschen, sondern unter der Kontrolle einer privilegierten Bürokratie steht. Nordkorea ist also nicht kapitalistisch – aber sozialistisch ist es auch nicht. Besonders offensichtlich wird dies am krassen Gegensatz zwischen der abgehobenen Führungselite und der bitterarmen Bevölkerung.

Entstanden ist Nordkorea nach dem Ende

Wohin geht der abgeschottetste Staat der Welt?

des Zweiten Weltkriegs, als sich die USA und die UdSSR die Besetzung der ehemaligen japanischen Kolonie entlang des 38. Breitengrads untereinander aufteilten. In den 50er Jahren verzeichnete die nordkoreanische Wirtschaft noch sensationelle Wachstumsraten von über 20%. Folglich wurde das Land zum respektierten Modell in der Bewegung der blockfreien Staaten (Jugoslawien, Ägypten, Indien, Indonesien etc.) und stand weit aus besser da als das kapitalistische Südkorea. Trotz massiven Wirtschaftshilfen durch die USA, die in den 50ern 15% des BIP ausmachten, konnte der spätere „Tigerstaat“ erst 1970 gleichziehen. Doch mit den 70er Jahren kam die Wende und die Probleme in der Wirtschaft mehrten sich. Industrieanlagen und Technologie veralteten und verfielen, Exporte nahmen ab und Planziele konnten nur mehr unzureichend erfüllt werden. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion Anfang der 90er Jahre fielen plötzlich wichtige Lieferungen (v.a. Öl, Ersatzteile) weg und Nordkoreas Wirtschaft schlitterte in eine tiefe Krise. Hinzu kam eine schwere Hungersnot Mitte der 90er Jahre, die bis zu 1 Mio. Menschen (von etwa 22 Mio.) dahinraffte.

Seither versuchen westliche Medien verstärkt gegen den angeblichen „Sozialismus“ in Nordkorea Stimmung zu machen, indem sie auf die katastrophale humanitäre Lage hinweisen. Tatsächlich litten laut UN-Welternährungsbericht 2005 36% der nordkoreanischen Bevölkerung an Unterernährung. Das ist schlimm genug – aber die meisten Regionen Afrikas weisen einen noch höheren Wert an Unterernährten auf (z.B. Zentralafrika 55%, Ost- und Südafrika 40%). Warum bloß gibt es hier nicht andauernd grauenvolle Berichte über die betroffenen Menschen und belehrende Statements über die Untauglichkeit des Kapitalismus?

Marktreformen

Angesichts der wirtschaftlichen Probleme zog die stalinistische Führungselite unter Kim Jong-il den Schluss, dass nur Marktreformen, d.h. die Lockerung der Planwirtschaft zu Gunsten von Angebot und Nachfrage, die desolate Volkswirtschaft retten können. Aus ihrer Sicht war das nur logisch, denn die Alternative – ArbeiterInnenkontrolle- und demokratie in der Produktion – hätte letztendlich ihre eigenen Privilegien gefährdet. Und so gibt es mittlerweile schon drei Sonderwirtschaftszonen in Nordkorea. Dort wird von ausländischen Firmen, teilweise in Kooperation mit nordkoreanischen Unternehmen, für den Export produziert. Beispielsweise baut ein Staatsbetrieb

in Kaesöng gemeinsam mit einem südkoreanischen Unternehmen im Besitz der christlichen Mun-Sekte 10.000 Kleinwagen pro Jahr für Fiat. Der Lohn von umgerechnet 50 Dollar pro Monat geht jedoch nicht direkt an die ArbeiterInnen, sondern an den Staat, der davon erst einmal kräftig etwas abschneidet.

Zu den weiteren Reformen gehört die Abschaffung des staatlichen Rationierungssystems für Lebensmittel und die Annäherung deren Preise an den Weltmarktpreis im Jahr 2002. Seit 1998 bekommen die Staatsunternehmen keine mengenmäßigen Planaufgaben mehr, müssen Kosten berücksichtigen, Gewinn machen und untereinander handeln. Auf Straßenmärkten dürfen Lebensmittel und seit 2003 auch industrielle Produkte privat verkauft werden.

Praktisch dabei ist, dass mit der wirren Chuch'e-Ideologie, Nordkoreas „Staatsreligion“, die seit 1977 den „Marxismus-Leninismus“ in der Verfassung ersetzt hat, all diese Erneuerungen prima erklärt werden können. Denn dieser skurrile Mix aus Erklärungen, warum „der Führer das höchste Hirn der sozialpolitischen Gemeinschaft“ (Kim Jong-il) ist und Rechtfertigungen, warum sich Nordkorea international isoliert hat, ist ansonsten vor allem eins: Nichts sagend. Und damit sehr flexibel einsetzbar. Bereits 2003 hieß es also in der Parteizeitung Rodong Sinmun, dass mensch sich „von den alten Standpunkten der vergangenen Ära befreien“ sollte.

Weg mit der Bürokratie!

Die verschiedenen Mächte sind sich im Fall Nordkorea nicht einig. China und Teile des südkoreanischen Kapitals hoffen auf eine Fortführung der Reformen hin zum Kapitalismus. Die Rechte in den USA würde – wenn sie könnte, doch Nordkorea hat möglicherweise die Atombombe – lieber heute als morgen angreifen. (Auch wenn Bush Nordkorea jetzt einmal von der Liste der „Schurkenstaaten“ gestrichen hat). Klar ist: Dieses Regime, das mit seiner Repression, seinem absurden Personenkult und seiner quasi-religiösen Ideologie eine Verhöhnung für den Begriff „Sozialismus“ darstellt, muss gestürzt werden!

Aber nicht durch den US- oder japanischen Imperialismus, denn denen geht es nicht um eine Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen sondern bloß darum, einen verlässlichen, kapitalistischen Bündnispartner in der Region zu haben und nebenbei das verstaatlichte Eigentum auszuschlachten. Es muss durch eine politische Revolution der nordkoreanischen ArbeiterInnen und Bauern/Bäuerinnen beseitigt werden – jene also, die am meisten unter dieser Regierung leiden.

von Stefan, Revo und RSO Berlin



Kapitalismus auf der Intensivstation



Der Rettungsplan

Fortsetzung von S. 12

Woher kommt die Krise?

Die aktuellen Auswüchse des Finanzmarktes verleiten einige dazu, den "bösen" Finanzmarkt der "guten" industriellen Produktion entgegenzustellen, weil letztere ja tatsächlichen Mehrwert schafft, während ersterer nur mit virtuellem Geld spielt. Bei diesen Vorwürfen werden aber zwei wesentliche Dinge übersehen: erstens sorgt das Kreditsystem dafür, dass einzelne KapitalistInnen mehr Geld investieren können, als sie tatsächlich haben, was eine enorme Ankurbelung der Produktivität zur Folge haben kann. Und zweitens – was noch viel wichtiger ist – sind Spekulationen und Krisen Grundbestandteile des kapitalistischen Systems selbst.

Ein Beispiel dafür, dass (industrielle) Produktion im Kapitalismus immer ein spekulatives Element hat, ist die Überproduktion von Waren – was folgendermaßen skizziert werden kann: Der enorme Konkurrenzdruck sorgt maßgeblich dafür, dass nur die profitabelsten Unternehmen überleben können. Die wichtigsten Mechanismen zur Steigerung des Profits sind Produktivitätssteigerungen und Lohnsenkungen. Dies sorgt – neben den kontinuierlichen Angriffen auf die Lebensbedingungen der ArbeiterInnen – vor allem dafür, dass häufig mehr Waren produziert werden als tatsächlich verkauft werden können. Denn jedes Unternehmen muss *spekulieren*, dass eben genau seine und nicht die Produkte der Konkurrenz gekauft werden. Es gibt dann eine Überproduktion von Waren, deren Wert und somit auch der potentielle Profit einzelner KapitalistInnen verfällt.

Dieser Mechanismus ist der Grund, dass viele – schon im kapitalistischen „Normalzustand“, in der Krise noch mehr – unprofitable Unternehmen pleite gehen, was mit einer enormen Kapitalvernichtung einhergeht. Für die Menschen bedeutet das Erwerbslosigkeit, oft auch Hunger und Elend. Die Leidtragenden sind in letzter Instanz im Kapitalismus immer die ArbeiterInnen und die zukünftigen ArbeiterInnen, also SchülerInnen, Stu-

dierende und Azubis. Keine noch so gute Regulierung der Märkte wird in diesem System die Situation der Masse der Bevölkerung substantiell verbessern. Alle Veränderungen, die die Gewerkschaften und die Linkspartei bisher vorgeschlagen haben, sind reine Kosmetik, und werden den Kapitalismus keineswegs „zähmen“ oder ihm ein „menschliches Antlitz“ geben können.

Eine Frage des Systems

Genau aus diesem Grund müssen wir für den Sturz des Kapitalismus und eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft kämpfen. Nur der bewusste, solidarische Klassenkampf aller SchülerInnen, Studierenden und Azubis zusammen mit der ArbeiterInnenklasse gegen die herrschenden Klassen kann für das Ende dieses chaotischen Systems sorgen.

Der ehemalige Chef der US-Zentralbank, Alan Greenspan, meinte vor kurzem: „Die Krise wird eine Rückkehr zum ideologischen Kampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus bedeuten. Viele von uns glaubten, dieser Kampf sei vorbei (...), aber dies ist nicht der Fall.“ Ausnahmsweise stimmen wir mit Greenspan überein: Nach dem Zusammenbruch der stalinistischen Planwirtschaften 1989/91 erlebte der Kapitalismus einen langen Aufschwung. Er erschien alternativlos. Doch diese Krise bedeutet vermutlich den Anfang vom Ende dieses Aufschwungs. Die Lebensstandards von Milliarden Menschen werden angegriffen, weswegen auch viele von ihnen die gesellschaftliche

Deswegen müssen wir in jedem Kampf mit einer eindeutig revolutionär-sozialistischen Perspektive eingreifen:

- ★ Massive Lohnerhöhungen für alle, um den Preissteigerungen entgegenzuwirken!
- ★ Für Streiks, Blockaden und Besetzungen! Für Massenproteste gegen die Rettung der Banken auf Kosten der Bevölkerung!
- ★ Stellt alle Banken unter die selbstverwaltete Kontrolle der ArbeiterInnen!
- ★ Jedes Unternehmen, das von der Krise betroffen ist, soll selbstverwaltet von den ArbeiterInnen weitergeführt werden!

von Stefan, Revo FU

Alleine ist es schwer zu kämpfen! Deswegen organisieren wir uns in der unabhängigen Jugendorganisation **REVOLUTION** und kämpfen für eine Welt ohne Rassismus, Sexismus, Umweltzerstörung, Ausbeutung und Krieg – für eine Welt ohne Kapitalismus! Willst du mitkämpfen? Schau einfach bei der Revo-Gruppe in deiner Nähe vorbei oder besuche unsere Seite!

REVOLUTION Germany

berlin@revolution.de.com
dresden@revolution.de.com
kiel@revolution.de.com
plauen@revolution.de.com
rostock@revolution.de.com

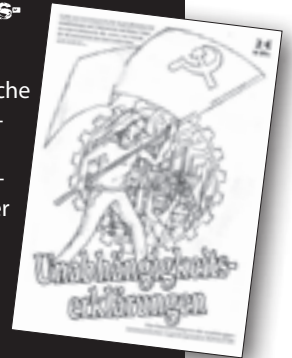
REVOLUTION Weltweit

Portal • www.onesolutionrevolution.org
Schweiz • www.revolution.ch.tc
Tschechien • www.revo.cz.tc
Australien • www.revo.au.tt

Unabhängigkeits- erklärungen

Sollte eine kommunistische Jugendbewegung unabhängig sein? Antworten auf diese Frage von Liebknecht, Lenin, Trotzki, der Kommunistischen Internationale und anderen.

40 Seiten, 2€



Grundsatz- positionen

Ein neues programmatische Dokument von REVOLUTION, beschlossen im Juli 2008: eine Strategie, die wir allen Jugendlichen vorschlagen, die gegen den Kapitalismus kämpfen wollen.

16 Seiten, 1€



V.i.S.d.P.: R. Müller, Hamburg

ANZEIGE

Für eine sozialis- tische Revolution in Venezuela!

Diese Broschüre bietet eine Bilanz und Perspektiven des „bolivarischen Prozesses“ und die Chancen für die Arbeiterklasse. Es geht darum, die Kämpfe des Proletariats in Venezuela zu unterstützen und den „Chavismus“ kritisch zu untersuchen.

96 Seiten, 3,50€ • www.sozialismus.net



Die Finanzkrise ist eine Krise des Kapitalismus...

Kapitalismus auf der Intensivstation

Selten sprechen die Schlüsselfiguren des 'globalen Kapitalismus' so offen über die Auswirkungen ihrer Wirtschaftsweise, wie US-Finanzminister Henry Paulson dies neulich tat: „Der Steuerzahler wird letztendlich immer zur Kasse gebeten werden bei dem System, das wir haben. Wer soll denn sonst die Kosten tragen, wenn das System nicht stabil ist?“ Im Klartext heißt das: Vielen Banken droht der Zusammenbruch, und die arbeitende Bevölkerung soll für deren Rettung aufkommen. Was genau musste passieren, damit Paulson gezwungen war, die Karten auf den Tisch zu legen?

Die Hintergründe

Seit mehr als einem Jahr befindet sich das internationale Finanzsystem in einer tiefen Krise. Auslöser dafür waren massive Spekulationen mit unsicheren Kreditpaketen. (Der Hintergrund ist allerdings in der sogenannten „Realwirtschaft“ zu suchen, wo massive Überkapazitäten die KapitalistInnen dazu

verleiteten, in den letzten Jahren vermehrt überschüssiges Kapital in den Finanzsektor zu investieren.) Vor allem viele US-Banken hatten Kredite an ArbeiterInnen vergeben, um sich teure Autos oder Häuser zu kaufen, mit dem Argument, dass sie die Kredite durch steigende Häuserpreise finanzieren könnten – auch wenn von vorneherein absehbar war, dass der Großteil dieser Kredite niemals abbezahlt würde. Um den Zahlungsdruck noch weiter zu erhöhen, wurden die Zinsen Stück für Stück angehoben, was noch mehr ArbeiterInnen zahlungsunfähig machte.

Gleichzeitig wollten die Banken natürlich nicht nur die „einfachen“ Gewinne aus den Kreditzinsen, sondern bündelten die Kredite zu Paketen, die sie dann an der Börse verkauften. Diese Kreditpakete wurden wieder gebündelt und wieder verkauft. Die AnlegerInnen hofften, durch Spekulationsgeschäfte mit den Paketen Geld

machen zu können. Weiterhin wurden diese riesigen Geldgeschäfte ebenso mit Krediten bezahlt und mit Versicherungspaketen rückversichert, die dann gleichfalls weiter gehandelt wurden.

Dieser Teufelskreis konnte nur solange gut gehen, wie die Kredite bezahlt werden konnten. Sobald aber einige Zahlungen ausblieben, bröckelte das ganze System auseinander. Mitte September begann es zu krachen: die US-Banken Fanny Mae, Freddie Mac und Lehman Brothers wurden angesichts großer Verluste geschlossen oder vom Staat übernommen. In Island ist der gesamte Bankensektor zusammengebrochen und verstaatlicht worden – das Land steht vor dem Bankrott. In Deutschland ist die Hypo Real Estate Bank ebenfalls pleite gegangen und auch die Sparkassen sind betroffen.

Ein sehr wichtiger Faktor dabei bestand im Vertrauensverlust der Banken untereinander: die Banken gaben sich gegenseitig keine Kredite mehr und auch die Unternehmen bekamen Schwierigkeiten, Kredite zu erhalten. So hat diese Finanzkrise natürlich auch Auswirkungen auf die „Realwirtschaft“. Die Regierungen der kapitalistischen Länder beeilen sich nun, großspürige Rettungspakete zu schnüren: die Bundesregierung z.B. will 500 Mrd. € für die Banken zur Verfügung stellen, um die von ihnen geschaffene Krise abzufedern.

Auch die Gewerkschaften und die Linkspartei befürworten solche Rettungsaktionen. Oskar Lafontaine meinte beispielsweise, man müsse „den Geldfluss um jeden Preis erhalten.“ Natürlich bedeutet dies nichts anderes als eine weitere Umverteilung des Reichtums von unten nach oben. Denn für Ausgaben im Bereich der Bildung oder des Sozialen wird seit Jahren behauptet, es sei kein Geld da.

➔ Weiter auf S. 11

